

Ostdeutsche zahlten die Einheit zu großen Teilen selbst

Die Rechnung ist kompliziert, da es um mehr geht als nur um die Steuergelder, die vom reichen Westen in den armen Osten geflossen sind: Unter dem Strich haben rund 1,8 Millionen Menschen nach der Wende ihre alte Heimat verlassen und im Westen ihr Glück gesucht. Da es sich dabei meist um gut ausgebildete Arbeitskräfte handelte, erwirtschafteten sie rund ein Viertel des Wirtschaftswachstums auf dem Territorium der alten Bundesrepublik. Grob überschlagen machten allein die Steuergelder der Ostdeutschen im Westen ein Drittel der Transferleistungen von 75 Milliarden Euro pro Jahr aus. Spätestens ab 2013 wird die Wirtschaftsleistung der Ostdeutschen im Westen der Höhe der Transferzahlungen entsprechen. Das aber ist nicht der einzige Effekt, von dem der Westen profitiert. Zum anderen hat sich durch die Wiedervereinigung das Absatzgebiet der Westfirmen stark vergrößert.

Zwar verdreifachten sich die Staatsschulden in den vergangenen 20 Jahren von knapp 500 auf fast 1.700 Milliarden Euro, aber im kleineren Frankreich vervierfachten sie sich ohne solche Sonderlasten von knapp 400 auf ebenfalls fast 1.700 Milliarden Euro. Die materielle Situation hat sich für die meisten ehemaligen DDR-Bürger heute stark verbessert. Inwiefern sich auch deren Lebensqualität im selben Maße verbessert hat, kann nicht so ohne weiteres festgestellt werden.

Das Nettovermögen der privaten Haushalte, also Ersparnisse und Immobilienbesitz minus Schulden, ist im Osten mit 54.600 Euro nicht einmal halb so hoch wie im Westen, wo es 132.000 Euro beträgt. Immerhin ist der Anteil der neuen Bundesländer am gesamtdeutschen BIP von sieben Prozent 1991 auf 12 % 2008 gestiegen.

Zur Verlangsamung des Wachstumstempos hat auch beigetragen, dass viele junge Ostdeutsche in den Westen abgewandert sind. Rund 1,8 Millionen Menschen haben die neuen Bundesländer auf Dauer verlassen. Sie haben ganz wesentlich dazu beigetragen, den Fachkräftemangel der westdeutschen Industrie in Bayern, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen zu mildern.

"Die Regierung hat den Fehler gemacht, die ökonomische Vereinigung bürokratisch anzugehen", moniert auch der Münchener Politologe Werner Weidenfeld. "Sie hat den Aufbau einer neuen Infrastruktur im Osten finanziert, hat aber versäumt, die vitalen Kräfte der Wirtschaft zu wecken, zum Beispiel durch die Schaffung von Sonderwirtschafts- und Sondersteuerzonen, wie es etwa China getan hat."

Die Transferzahlen wurden umso höher, je stärker die Löhne stiegen - und die wuchsen losgelöst von der Produktivität der Beschäftigten. So schwächte die Regierung die Industrie im Osten, stärkte aber den Konsum und machte die Transformation für die Ostdeutschen weniger schmerzlich als für die anderen ehemaligen Ostblockländer.

Als die Mauer fiel, waren die Wirtschaftsweisen dringend gefragt. Wie lässt sich eine Plan- in eine Marktwirtschaft verwandeln? Die damalige finanzpolitische Sprecherin der SPD, Ingrid Matthäus-Maier kam auf die absurde Idee, die Deutsche Mark in der ehemaligen DDR einzuführen. Daran hatten die Ökonomen als Letztes gedacht. Das Problem der DDR war nicht ihre Währung, sondern ihre Wettbewerbsfähigkeit. Alle

Produkte, Möbel, Autos, egal was, gab es in Hülle und Fülle von der neuen Konkurrenz auf den Weltmärkten - in weit besserer Qualität. Ostprodukte wollte keiner mehr, erst recht nicht die Ostdeutschen, die zuvor zehn Jahre und mehr auf einen Trabi gewartet hatten. Alle Entscheidungen waren geprägt von der Idee, in Ostdeutschland schnellstmöglich das westdeutsche Niveau zu erreichen. Das war der Unterschied zu Polen und der Tschechei - die wollten lediglich, dass es ihnen besser geht als gestern. Kohl war kein Mann der Wirtschaft, er hat ganz andere Kriterien angewendet. Warum soll eine Rentnerin in Frankfurt an der Oder dafür büßen, dass sie nicht in Frankfurt am Main lebt?

Rückblickend hätte man vor allem zwei Dinge anders machen müssen: Wir hätten die Lohnentwicklung stärker kontrollieren und es von vornherein zur Bedingung machen müssen, dass jeder, der ein Unternehmen im Osten kaufte, sich auf ein gewisses Investitionsvolumen und Beschäftigungszusagen einlässt. Aber damals war eine der großen Schwierigkeiten, dass niemand auf diese Aufgabe vorbereitet war: Wie privatisiere ich eine Volkswirtschaft? Sofort, ohne Vorlauf?

Zu den Besonderheiten damals gehörte, dass die Politik mindestens so sehr von den aktuellen Ereignissen getrieben war, wie sie sie gestaltete. Zum einen legte die Entwicklung in der Sowjetunion nahe, dass sich für eine friedliche Einheit nur ein kurzes Zeitfenster bot. Hätte man damals gezögert, hätten wir die Chance der Einheit verspielt. Zeitgleich riss der Strom der Übersiedler nicht ab. Man wusste, immer mehr Menschen würden "mit den Füßen" abstimmen, wenn man ihnen nicht ermöglichte, im vereinigten Deutschland zu leben.

Nötig war eine schnelle Preisreform, Preise, die sich an den Kosten orientierten. Stattdessen über Nacht einen festen Wechselkurs einzuführen, war ein großer Fehler. Man weckte bei den Bürgern der DDR die Illusion, mit der Einführung der D-Mark sei der Anschluss an den westdeutschen Lebensstandard hergestellt. In Statistiken stand zwar, die DDR sei die zehntstärkste Volkswirtschaft der Welt. Den tatsächlichen inneren Zustand der Wirtschaft, die unvorstellbare Überschätzung, hat man erst nach dem Mauerfall entdeckt. Sie fuhr auf Verschleiß. Bei einer so geringen Produktivität war klar, dass die Lohnstückkosten im Osten dramatisch höher als im Westen waren. Das war natürlich keine Empfehlung an Investoren.

Was die wirtschaftliche Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft nach der Wiedervereinigung und den Aufbau Ost betrifft, so wurde oft diskutiert, ob man nicht wenigstens den wirtschaftlichen Anpassungsprozess langsam und schrittweise hätte vollziehen können. Eine klare Antwort darauf gibt der Chef des Münchner IFU Instituts für Wirtschaftsforschung, Hans-Werner Sinn:

Wir zahlen für die Startfehler (Handelsblatt Nr. 190 vom 01.10.2010 Seite 80)

Gerlinde und Hans-Werner Sinn wenden sich 20 Jahre nach der Wiedervereinigung gegen Wunschdenken. Der 20. Jahrestag der Vereinigung ist Anlass zum Jubeln. 20 Jahre falsch konzipierte Wirtschaftspolitik sind Anlass zum Grübeln. Bei der Vereinigungspolitik wurde auf dem Primat der Politik gegenüber den ökonomischen Gesetzen bestanden. Das führte zu Problemen, die absehbar waren. Jetzt wollen viele die Dinge schönreden. Aber wo endet ein Land, das nicht einmal in der Lage ist, die Realität zu erkennen?

Oft wird darauf hingewiesen, dass in den neuen Ländern das BIP pro Kopf bei 73 Prozent des Westniveaus angekommen sei. Doch da sind Westberlin und die mit westlichen Steuergeldern aufgeblähten Löhne der Staatsbediensteten eingeschlossen. Das privat erzeugte BIP pro Einwohner beträgt heute 65,8 Prozent des Niveaus von Westdeutschland inklusive Westberlin. Auch die Zahl gibt ein übertrieben optimistisches Bild, weil sie fast zwei Drittel lokale Dienstleistungen enthält, deren Preise aufgrund einer durch Westtransfers künstlich erhöhten Nachfrage zustande kommen.

Ein Pluspunkt ist der Strukturwandel mit Wachstum der Industrie, insbesondere im Hochtechnologiebereich, bei Schrumpfung der Bauwirtschaft. Doch die anfangs rasche Konvergenz ist vor eineinhalb Jahrzehnten zum Stillstand gekommen, als viele Förderprogramme eingestellt wurden. Die geringfügige Erhöhung der Pro-Kopf-Größe seit dieser Zeit ist allein durch die Verringerung der Zahl der Köpfe im Osten entstanden. Die Wachstumsraten des BIP waren für beide Landesteile praktisch identisch.

Eine starke Konvergenz ist bislang nur bei den Realeinkommen zu verzeichnen, die nach Schätzungen des Ifo-Instituts im Schnitt nun bei etwa 85 Prozent des Westniveaus liegen. Die realen gesetzlichen Renten liegen gar bei 126 Prozent. Aber dies ist das Ergebnis der Transferunion. Knapp 1,2 Billionen Euro sind bislang in die neuen Bundesländer geflossen, ohne die Transfers nach Ost-Berlin. Ein Sechstel davon wurde durch den Soli finanziert. Der überwiegende Teil kam zustande, indem der Westen den Gürtel enger geschnallt und die öffentliche Verschuldung nach oben katapultiert hat. Noch heute liegen die jährlichen Nettotransfers an die neuen Länder ohne Ostberlin in der Größenordnung von 60 Milliarden Euro im Jahr. Grotesk ist, dass von diesen 60 Milliarden zuletzt die Hälfte wieder als Netto-Kapitalexport aus den neuen Ländern herausfloss. Offenbar sind die Standortbedingungen nicht so, dass das Geld vor Ort investiert werden kann.

Der entscheidende Grund für die Misere liegt in den anfänglichen Fehlern der Lohnpolitik. Die westdeutschen Konkurrenten der ostdeutschen Betriebe hatten mit Billigung der Politik die Weichen für eine rasche Lohnangleichung gestellt. Es galt, die potenziellen Investoren aus dem Ausland abzuwehren, die schon in den Startlöchern saßen. Die Treuhandanstalt sah dem verantwortungslosen Treiben tatenlos zu. Nach der Privatisierung versuchten sich die ostdeutschen Unternehmen von den Fesseln der Tarifbindung zu befreien, aber das war ein schwieriger und langwieriger Prozess, weil es Nachwirkungsfristen gab und Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe im Gefolge der frühen Tariflohnanhebung hohe Lohnuntergrenzen einzogen. Der Umschwung durch die Agenda 2010 kam zu spät, weil inzwischen die anderen Länder des ehemaligen Ostblocks in die EU integriert waren und die besseren Standortbedingungen boten. **Slowenien hat die neuen Länder beim Kaufkraftwert des privat erzeugten BIP pro Einwohner schon erreicht und Tschechien setzt gerade zum Überholvorgang an. Der Vorsprung bei der Integration in die Westmärkte wurde, zu Gunsten des temporären politischen und wirtschaftlichen Erfolges, verspielt!!!**

Gerechtfertigt wurde die Lohndrängelei mit der Abwanderungsgefahr. Dabei wäre eine gewisse frühzeitige Abwanderung geradezu ein Segen gewesen. Temporäre Beschäftigung im Westen hätte mehr gebracht als das Warten und Däumchendrehen im Osten, die die Politik mit ihren Sozialtransfers, die zu Bleibepremien mutierten, bewirkte.

Ohne den Westeinfluss auf die Löhne wären die Investoren in Scharen gekommen. Vermutlich wären die Löhne in den neuen Ländern heute höher, sicherlich gäbe es sehr viel mehr Arbeitsplätze. Eine nachlaufende Lohnentwicklung wäre politisch möglich gewesen, wenn man die neuen Bundesbürger an ihrem ehemaligen volkseigenen Vermögen beteiligt hätte. Viele Arbeitnehmer wären nach einem Aufenthalt im Westen wieder zurückgewandert, so dass es heute mehr Einwohner in den neuen Ländern gäbe.

Drehtüren blockieren, wenn man drängelt. Nur wer geduldig ist, kommt ans Ziel. Das dumme Gerede vom Primat der Politik hilft da nicht im Geringsten.

Die Autoren haben 1991 in ihrem Buch "Kaltstart" Fehler der Vereinigung unter die Lupe genommen und kritisiert.

Ein schönes Wochenende!

Heiko Kolodzik

Diplom Betriebswirt
Testamentsvollstrecker (EBS)